

Das Jahr 2020 endet und 2021 steht vor der Tür – wird die ein gutes Jahr?

Das laufende Handelsjahr nähert sich unweigerlich seinem Ende zu und wird damit das Fundament des nächsten Jahres bilden. Folglich werden wir uns die prägendsten Themen des laufenden Jahres noch einmal ansehen und versuchen, ein Szenario für 2021 zu skizzieren.

Zwei Themen dominierten das in einem Monat endende Jahr: die noch immer anhaltende Corona-Pandemie und der noch immer nicht vollständig vollzogene Wechsel des US-Präsidentenamtes, wobei sich hier der Fokus nur über ein Zeitfenster von wenigen Wochen auf dieses Thema konzentrierte. Ganz vorn stand und steht Corona. Der Wirtschaftskonflikt USA / China oder USA / Europa fand kaum noch Beachtung, der näherkommende Brexit läuft nebenher und der Umweltschutz verkümmerte zum Randthema und auch alles andere (sofern es nicht in einem direkten Zusammenhang mit Corona stand) versank irgendwo an den Rändern.

„Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie ähnelt sich“, ist ein bekannter Ausspruch und damit ist es nur konsequent, wenn wir weiterleitende Verbindungen zwischen dem, was war und dem, was kommen wird, suchen.

Die Corona-Pandemie

Wenn die deutsche Bundeskanzlerin sagt, Corona sei ein Jahrhundertereignis, dann stimmt es insoweit, als dass noch niemals zuvor von staatlicher Seite aus, bei fast regelmäßig ausbrechenden Pandemien im 10 oder 20 Jahresrhythmus, ein solch konsequenter Eingriff ins Wirtschaftsleben durchgeführt wurde. Es ist nicht polemisch, wenn man behauptet, dass die daraus resultierenden Langzeitfolgen derzeit nicht abgeschätzt werden können: die Konjunktur schwächt sich immer weiter ab, der Verschuldungsgrad der Volkswirtschaften erreicht monatlich historische Höchststände und ein Ende des „Öl ins Feuer gießen“ ist noch lange nicht abschätzbar. Um eine Idee für 2021 zu bekommen, ist es sinnvoll, Auffälligkeiten aufzugreifen. Grundsätzlich können wir feststellen, dass global nicht einheitlich mit gleicher Vorgehensweise gegen das Virus angegangen wird, was auch mit den unterschiedlichen Erfahrungswerten, Motivationen und Möglichkeiten der jeweiligen Wirtschaftsblöcke zu tun hat.

Halten wir zunächst fest: die Corona-Pandemie ist nicht die erste ihrer Art und sie ist nicht die schlimmste ihrer Art, aber sie ist aktuell die prominenteste der jüngsten Zeitgeschichte. Wenn man in Zukunft eine Einordnung oder Wertung dieser Pandemie durchführen wird, dann wird man eine Besonderheit hervorheben, welche sich im Spiegel unseres Denkens manifestiert und in dieser Form in allen vorhergehenden Pandemien noch nie so extrem auf die Spitze getrieben wurde wie jetzt: wir haben von Anfang an nicht verstanden, dass SARS-CoV-2 gekommen ist, um zu bleiben und anstatt entsprechende Langfriststrategien für diese und kommende Pandemien zu entwickeln, erklärten wir (risikoavers wie wir zu leben nun mal gewohnt sind) dem Virus empört den Krieg. Dabei fällt besonders in den westlichen Nationen (für diese Art von Kriegen unerfahren und viel zu überheblich) auf, dass wir Strategien anwenden, wie man diese in militärischen Konflikten mit Gegnern einsetzt, welche ebenfalls im Kontext mit ihren Schutzbefohlenen agieren müssen. Was wir von Anfang an übersehen oder zumindest (sowohl in Europa und zum Teil auch in den USA) fahrlässig in Kauf genommen haben ist, dass das Virus ein Teil der Natur ist, welches konsequent seiner Bestimmung (Vermehrung unter Zuhilfenahme von Wirten) folgt – und das in einer absolut unbestechlichen Konsequenz. Mit nichts, was wir uns militärisch, kulturell und materiell

aufgebaut haben, können wir dem Virus entgegentreten. Wir benötigen eine Strategie, welche der Natur mit ihren eigenen Mitteln begegnet – aber das haben wir im Westen nie gelernt und dieses Manko wird uns jetzt ungeschminkt vor Augen gehalten. Wir können von Glück reden, dass SARS-CoV-2 nicht das menschenfressende Virus ist, für welches wir es anfangs halten mussten.

In den asiatischen Ländern – häufig der Ausgangspunkt solcher Zoonosen – hat man seine einschlägigen Erfahrungen im Umgang mit Infektionskrankheiten, so dass bei ihrem Auftreten, eingespielte Notfallpläne aus den Schubladen geholt werden. Nun sind die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in diesen Ländern und Regionen ohnehin anders als in den westlichen Wirtschaftsnationen, so dass ohne viel wahlpolitischem Gedöns die Bekämpfung der Pandemie in Angriff genommen werden und – was sich besonders von unserem Verhältnis zu politischen Maßnahmen unterscheidet – diese Erfordernisse werden von der breiten Bevölkerung mitgetragen. Man kennt es nicht anders, man ist es gewohnt, man ist Bestandteil eines gemeinsamen Großen und Ganzen. Die Konjunktur in Asien erlitt natürlich auch ihre Dämpfer, aber konnte sich doch auffällig rasch wieder aufschwingen und dank des eher konzeptionsarmen Verhaltens des Westens in dieser Situation, sogar Boden gut machen. Im Grunde wird es wahrscheinlich auch wieder Asien sein, welches unserer Konjunktur auf die Beine hilft in 2021 (wie 2008 bis 2011 in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise), sofern wir uns im Zusammenhang mit dem sich verhärtenden Verhältnis USA / China, nicht diesen Weg selbst verbauen.

In den USA verfolgte die Trump-Regierung den Weg, den ich zu Beginn der Pandemie als ein wahrscheinliches Umgehen mit dem Thema für alle neoliberalen Wirtschaftsnationen erwartet hatte: aussitzen und Wirtschaft am Laufen halten – so, wie man es immer gemacht hat, bis jetzt. Europa ging allerdings von Anfang an (mit holperigem Start) einen anderen Weg. Frau Professorin Dr. Gertrud Höhler¹ sieht eine kaum zum Ziel führende Ausrichtung der europäischen Corona-Politik. Einmal mehr versucht Europa und die EU, eine Krise so anzugehen, wie man es immer gemacht hat: mit gewaltigen Mengen an Kapital und einen vor sich hin tastenden Maßnahmenkatalog, der die Wähler möglichst nicht verschreckt. Um von vornherein eine Absolution für zum Teil massives Krisen-Management-Versagen zu erhalten, wird mit dem kraftvollen Schlachtruf „Wir retten Leben“, jeder Zweifler an der Wirksam- und Sinnhaftigkeit dem Verdacht ausgesetzt, entweder rechts, verwirrt, böswillig oder schlimmeres zu sein. Im Ergebnis werden wir mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit der Pandemie auch im Jahre 2021 nicht Herr werden, während gleichzeitig die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und der Zentralbank immer weiter steigen wird, bis die Konsequenzen zu tragen sein werden, wie dies immer in der Geschichte bisher der Fall war.

Ich möchte da nicht falsch verstanden werden: ich halte es für überaus wahrscheinlich, dass Europas Regierungen das aus ihrer Sicht bestmögliche tun, um die Pandemie in den Griff zu bekommen und ich glaube auch, dass Covid-19 durchaus eine sehr ernstzunehmende Atemwegsinfektion ist – durchaus mit einem erhöhten Sterberisiko verbunden. Und ich glaube auch nicht an einen Geheimplan, welcher die Pandemie zum Vorwand nimmt, um durchgesetzt zu werden – denn in einem solchen Falle würden die getroffenen Maßnahmen

¹ Prof. Dr. Gertrud Höhler ist Beraterin für Wirtschaft und Politik in Berlin. Ab 1976 Professorin für allgemeine Literaturwissenschaft und Germanistik, seit 1985 Tätigkeit als freie Unternehmerin und Beraterin: 1987-1990 Beratervertrag beim Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen. Non-Executive-Director der Grand Metropolitan PLC. London, Verwaltungsratsmitglied der CIBA Speciality Chemical, Basel sowie der Baloise Insurance, Basel, und der Georg Fischer AH, Schaffhausen. Vielfach ausgezeichnet – unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz. Autorin zahlreicher Bücher zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Themen.

konsequenter durchgezogen und zielführender sein. Doch sind diese alles andere als das, was mittel- bis langfristig weit mehr Schaden anrichten wird, als jede planmäßige Veränderung des Weltwirtschaftssystems mit sich bringen würde. Mit Unbehagen fürchte ich sogar genau das Gegenteil, nämlich dass die Demokratie Schaden dadurch nimmt, dass sie durch inkonsequentes und weichgespültes, aber astronomisch teures Missmanagement dramatisch an Glaubwürdigkeit verliert und dies anderen politischen Strömungen Rückenwind verleiht.

Ausblick im Bezug auf Corona

Ganz offensichtlich hat, anders als Asien, die westliche Politik – und hier ganz konkret die europäische Politik – alles auf einen wirksamen Impfstoff ausgerichtet. Es gibt keine Langzeitprojekte (die eigentlich erste Priorität haben müssten und der sogenannte Plan A wären), sondern wir hangeln uns von Woche zu Woche und Monat zu Monat und setzen ausschließlich auf den eigentlichen Plan B – einen Impfstoff, der möglichst rasch flächendeckend zum Einsatz kommt, die breite Masse der Bevölkerung immunisiert und möglichst lange seine Wirkung entfaltet und natürlich keinerlei schwerwiegende Langzeitschäden verursacht. Kommt der Impfstoff zu spät oder die logistische Herausforderung der Verteilung, Lagerung und Verabreichung kann nicht wie erhofft zeitnah realisiert werden oder die Immunität hält zu kurz an oder es gibt schwerwiegende Impfschäden, dann fehlt uns Plan C und es fehlt dann auch bald das notwendige Kapital, welches für weitere Rettungs- und Hilfsmaßnahmen großzügig über uns alle ergossen werden kann.

Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang auch, dass in der bisherigen Menschheitsgeschichte nur drei Wege zur Überwindung von Pandemien führten: (1) eine Durchseuchung, welche je nach Virus gesundheitlich glimpflich oder mit sehr vielen Toten verlief, (2) durch Totlaufen der Pandemie weil (a) so viele Wirte wegstarben, dass Neuinfektionen und damit die Verbreitung der Viren zum Erliegen kam oder aber (b) das Virus eine Mutation durchlief und somit nicht mehr infektiös war oder (3) durch einen erfolgreichen Impfstoff. Im Jahre 2020 kann man natürlich eine Durchseuchung mit möglicherweise zahllosen Opfern nicht mehr als Variante akzeptieren, aber der Versuch von Kontaktbeschränkungen ist ja nichts anderes als Übertragungen zu vermeiden (man simuliert praktisch das Aussterben der Wirte und hofft darauf, dass sich das Virus totläuft). Das Problem, welches wir in Europa haben, ist jedoch, dass wir alle offensichtlich annehmen, es auch mit einer Virusversion zu tun zu haben, welche unsere europäischen Weichspülmethode kennt und darauf Rücksicht nimmt. Nur so erklärt sich das Vorgehen im Zusammenhang mit Urlaubsreisen, Weihnachten, dem Chaos im Zusammenhang mit Bahnreisen, Schlängengebilden vor Geschäften und ähnlichem.

Wenn wir jetzt somit einen Ausblick auf 2021 wagen, dann halte ich es für sehr wahrscheinlich, dass die europäische Politik so lange wie möglich an der Stop and Go Politik festhalten wird, bis „das Geld alle ist“ und / oder die Akzeptanz der Maßnahmen bei ausbleibenden Erfolgen so niedrig ist, dass gegengesteuert werden muss. Für die konjunkturelle Entwicklung bin ich für das neue Jahr nicht optimistisch. Nun habe ich natürlich auch keine Kristallkugel und ich hoffe sehr, mich zu irren, aber wenn man im Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit der europäischen Regierungen 1 & 1 zusammenzählt, dann ist es schwer, an Wunder zu glauben. Selbst wenn der Impfstoff schnell kommt und in kürzester Zeit durch logistische Meisterleistungen bei einem absolut impfwilligen Volk zum Einsatz kommt und mit perfekten Wirkungen in der Realität (ich denke ein bisschen mit Schaudern an die Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis im

Dieselskandal) aufwartet, ist mathematisch gesehen ein fortwährendes An- und Abschalten solcher Lockdowns, wie wir sie derzeit erleben, dennoch kaum zu vermeiden. Vielleicht hilft uns ein heißer Sommer ohne Reisen.

Doch wenn es so plan- und ziellos bis weit ins nächste Jahr weitergeht, sterben weitere Branchen, wird die Verschuldung steigen und Risiken für die Volkswirtschaften nehmen astronomische Höhen an.

Die Zentralbanken werden sich dagegen weiterhin jeder Abwertung der Vermögenswerte entgegenstemmen, es werden Rettungspakete über Rettungspakete folgen. Das ist ja auch das Argument, weshalb man an der Börse derzeit noch recht entspannt der Kursentwicklung folgt. Ich sehe aber genau hier die Hauptaufgabe eines jeden an der Börse aktiven Teilnehmers, das Ohr an den Schienen zu haben, um die Zeichen der Zeit vor allen anderen richtig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen für sich zu ergreifen.

Das Verhältnis zu den USA

Mit dem Wahlsieg Bidens, atmete man in Europa auf. Endlich ist das Böse überwunden und ein transatlantischer Messias zieht in das Weiße Haus und alles wird wieder gut. Der Spiegel schreibt, dass Regierungen weltweit Listen mit Wünschen an den neuen US-Präsidenten parat liegen hätten. In Brüssel und Berlin hofft man auf eine Wiederbelebung multilateraler Gremien wie die der Welthandelsorganisation WTO und eine schnelle Abschaffung von Trumps Strafzöllen auf schottischen Whisky, deutschen Kaffee und andere US-Importe. Kurz: eine Rückkehr zur jahrzehntelangen transatlantischen Normalität. Optimisten setzen gar auf einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen, wie es die Regierung Obama/Biden mit TTIP verfolgt hatte.

Mit hoher Sicherheit können wir annehmen, dass mit Biden ziviles Verhalten und gegenseitiger Goodwill in die internationalen Beziehungen zurückkehren werden. Doch eine Stunde null wird es nicht geben. Der frühere Handelsbeauftragte der Obama-Regierung wird in der Presse mit den Worten zitiert: „Unsere Handelspartner, auch in Europa, die davon ausgehen, dass alles Holdseligkeit sein wird und das Leben vorangeht, riskieren eine Fehlkalkulation“. Vielmehr erwartet der Experte von der Biden-Regierung mehr Stabilität, Vorhersehbarkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit: „Aber ich würde nicht davon ausgehen, dass sie auch nur ein bisschen weniger hart in den grundsätzlichen Sachfragen sein wird“.

Viele Streitpunkte zwischen den USA und Europa gab es schon lange vor Trump – und sie werden seinen Abgang überdauern. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zählte jüngst wie folgt zusammen:

- (1) Seit 16 Jahren streiten beide Seiten um Subventionen für Airbus und Boeing, die die jeweils andere Seite als unfair brandmarkt. Ausgerechnet nach Bidens Wahlsieg hat die EU nun weitere Strafzölle auf Flugzeuge, Nüsse, Ketchup und andere Waren aus den USA verhängt. Sherman Robinson, Handelsexperte beim Peterson Institute for International Economics, hält den Konflikt im Prinzip für lösbar, steckt die Erwartungen aber niedriger: „Immerhin haben die Europäer nun jemanden, mit dem Verhandlungen möglich sind.“

- (2) Das Vorgehen der Amerikaner gegen die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 war kein Alleingang des Weißen Hauses. Im Senat besteht parteiübergreifende Einigkeit über Sanktionen gegen beteiligte Unternehmen. Eine Intervention des russlandkritischen Biden zugunsten der Europäer ist unwahrscheinlich.
- (3) Die von Trump betriebene Fixierung auf bilaterale Handelsdefizite dürfte passé sein. Aber schon die Obama-Regierung hat sich an Deutschlands permanenten Exportüberschüssen gestört. Biden hat den Wählern einen Aufschwung der amerikanischen Industrie versprochen und setzt dabei auf protektionistische Instrumente. Er will ein „Buy American“-Programm auflegen und den Konzernen die Fertigung im Ausland steuerlich vergällen. „Es gibt da einen Konflikt: Biden will sich wieder international engagieren, aber er nimmt sein Made-in-America-Programm sehr ernst“, warnen Experten.
- (4) In Washington wird erwartet, dass die neue Regierung ihre Blockade gegen die frühere nigerianische Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala als neue WTO-Chefin beendet. Doch seit Jahr und Tag kritisieren die USA, dass das internationale Handelsgremium schleppend arbeite und sich Kompetenzen anmaße, die über Streitbeilegung weit hinausgehen.
- (5) Die von Ländern wie Frankreich vorangetriebene Einführung von Digitalsteuern ist strittig. Die Idee, Internetriesen wie Amazon und Google stärker in die Pflicht zu nehmen, findet zwar auch bei vielen US-Demokraten Anklang. Europäische Alleingänge jedoch nicht.
- (6) Biden hat nicht zugesagt, die von Trump eingeführten Stahl- und Aluminiumzölle zurückzunehmen. Das Problem sei, dass jede einmal eingeführte protektionistische Maßnahme „eine Lobby findet, die will, dass es dabei bleibt“. Biden wird nicht erpicht darauf sein, sich mit der Gewerkschaft der Stahlarbeiter zu überwerfen.
- (7) In Handelsgesprächen tauchen stets die gleichen Streitpunkte auf. Die Europäer wollen keine Chlorhühnchen. Die Amerikaner eine Öffnung des EU-Marktes für ihre Farmer.
- (8) Gesprächsbereitschaft besteht im Biden-Lager über die Schaffung einer „Carbon Border Tax“, einer Art Klimazoll, der eine einheitliche CO₂-Bepreisung möglich machen soll. Die EU denkt seit Längerem darüber nach. Die Idee dahinter klingt gut. Für in- wie ausländische Produzenten sollen so dieselben Wettbewerbsbedingungen gelten. Jedoch ist dieses Instrument noch völlig unerprobt.

Experten und Beobachter halten es für wenig wahrscheinlich, dass Biden einen Anlauf für ein umfassendes transatlantisches Handelsabkommen nehmen wird. Die Blütezeit der Globalisierung ist in der US-Politik vorbei – bei den Republikanern genauso wie bei den Demokraten. Biden wolle sich anders als Trump nicht aus der Welt zurückziehen, hat Bidens Wirtschaftsberater Harris, laut Spiegel gesagt. Aber er werde nicht „jedes Handelsabkommen unter der Prämisse unterstützen, dass mehr Handel immer besser ist“.

Noch deutlicher wurde Antony Blinken, der inzwischen als Außenminister nominiert ist. Auch die Biden-Regierung könnte Zölle verhängen, dann „aber unterlegt mit einer Strategie“.

Europa sitzt ohnehin bei Biden, den die „New York Times“ einen „altmodischen, romantischen Transatlantiker“ nannte, allenfalls in der zweiten Reihe. Zentraler Bezugspunkt für die US-Regierung ist der Konkurrent China – und die Europäer sollen Flankenschutz liefern. „Wir brauchen den Rest unserer Freunde an unserer Seite, um zu China zu sagen: Das sind die Regeln. Du hältst dich dran oder du zahlst einen wirtschaftlichen Preis“, hat Biden erklärt. Und hierbei kann es auch für uns gefährlich werden, denn wir werden wahrscheinlich einmal mehr China brauchen, uns aus der durch die Corona-Politik verursachte konjunkturelle Zerstörung wieder einmal herauszuhelfen.

Amerikas Partner täten gut daran, die US-Handelspolitik „im Kontext der innenpolitischen Agenda“ zu sehen, rät ein Washington-Insider. Wie jeder Präsident werde auch Biden „amerikanische Arbeiter, Farmer und Unternehmen schützen“, heißt es weiter.

Fazit

Das Jahr 2021 wird ebenfalls holperig verlaufen wie das Jahr 2020. Ich persönlich rechne im kurzfristigen Zeitfenster zunächst mit weiter steigenden Aktienkursen, getrieben von der Erleichterung wegen des Präsidentenwechsels in den USA, den Hoffnungen auf den Corona-Impfstoff und der Hoffnung auf weiter massiv offenen Toren der Zentralbanken und Staaten.

Die aktuelle Ausgangslage jedenfalls ist noch immer sehr positiv interpretierbar, neue Hochs sind durchaus in Sicht.



FDAX Tageschart

Spannend wird es ab Februar / März 2021, denn da wird sich zeigen, wie es mit der Verbreitung und Verabreichung des Impfstoffes steht, wie die Infektionszahlen sind und ob neue Lockdowns drohen (oder ob wir im noch Laufenden weiter drinstecken). Wir werden

dann mehr darüber wissen, ob die Regierungen noch fähig sind, mögliche Hilfen zu spenden, wir werden sehen, ob die Bevölkerung Europas die chaotische Corona-Politik weiter mitträgt.

Für uns Trader, welche keine Übernachtpositionen halten und folglich jeden Tag beidseitig neu betrachten und handeln können, sollte 2021 ein gutes Jahr werden – und wir freuen uns alle gemeinsam oder allein. Auf jeden Fall bleiben wir aufmerksam und wachsam und suchen wir unseren Vorteil.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sonntagabend und eine erfolgreiche Handelswoche

Uwe Wagner